

## **Rede von Markus Dufner bei der Hauptversammlung der BASF AG am 26. April 2007**

Sehr geehrter Herr Professor Strube, sehr geehrter Herr Dr. Hambrecht,  
sehr geehrte Damen und Herren des Aufsichtsrats,  
sehr geehrte Herren des Vorstands,  
sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

mein Name ist Markus Dufner. Ich bin Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.

Ich freue mich, bei der heutigen Hauptversammlung der BASF AG zum ersten Mal zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wie Sie finde ich es gut, wenn unser Unternehmen eine gute Bilanz vorlegt, wie dies heute der Fall ist. Kritische Aktionäre sind nicht Feinde der Konzerne. Sie verdammen wirtschaftlichen Erfolg keineswegs, wenn er umwelt- und sozialverträglich zustande kommt.

Wir, der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, sind der Auffassung, dass die Geschäftspolitik von BASF das Prädikat „umweltverträglich“ und „sozialverträglich“ oder gar „nachhaltig“ nicht verdient.

Die Geschäftspolitik von BASF ist vielmehr geprägt von Vernachlässigung des Klimaschutzes, massenhaftem Personalabbau, Vertrauensbruch und Druck auf die politischen Institutionen, um eine Senkung der Unternehmenssteuern und eine Deregulierung der Gesetzeslage zu erreichen.

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, sind diese Vorwürfe nur heiße Luft und realitätsfremdes Gefasel ewiggestriger Weltverbesserer? Oder steckt doch ein gerüttelt Maß Wahrheit in diesen Anschuldigungen?

Die BASF hat immer wieder bezweifelt, dass die Aussagen von Klimaforschern und Ökologen ernst zu nehmen sind. Doch heute wird kaum jemand mehr abstreiten, dass der Klimawandel begonnen hat. Mehr aus ökonomischen Gründen als aus ökologischen wurden dann Konzepte wie das 3-Liter Haus, die Umstellung von Kohle auf Gas im Kraftwerk Mitte und andere Projekte mit Klimaschutzcharakter angegangen. Eine Umstellung der gesamten Geschäftspolitik, ja der gesamten Forschung unter das Leitmotiv Klimaschutz erfolgte jedoch nicht.

Herr Dr. Hambrecht, warum verharmlosen Sie immer noch die Dramatik der Kernaussagen des 4. Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)?

„Das Wetter spielt verrückt. Sind das die Vorboten eines dramatischen Klimawandels?“ wurden Sie in einem Interview von der BILD-Zeitung am 5. Februar dieses Jahres gefragt. Ihre Antwort, Herr Dr. Hambrecht, lautete: „Wir müssen die Kirche im Dorf lassen! Wir haben zwar mal einen warmen Winter, ist das aber schon eine Klimakatastrophe? Als ich ein kleiner Junge war, gab es mal drei Jahre hintereinander keinen Schnee auf der Schwäbischen Alb. Damals hat kein Mensch über Klimawandel gesprochen.“

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre: Was halten Sie von einem Vorstandsvorsitzenden, der seine Aussagen zum Klimawandel auf dem Niveau des kleinen Jungen

auf der Schwäbischen Alb macht? Der sich hinter der These versteckt, erst eine Emissionsvereinbarung für die ganze Erde helfe weiter? Wir brauchen einen Vorstand, der aus dem Klimabericht die Konsequenz zieht, der die gesamte Geschäftspolitik auf den dort skizzierten Wandel einstellt.

Dies gilt insbesondere auch für die Geschäftspolitik in Bezug auf China. BASF hat seine Investitionen in China massiv gesteigert – wohlwissend, dass damit einer Entwicklung Vorschub geleistet wird, die immer schneller an die Grenzen des Wachstums im ostasiatischen Raum gerät. BASF leistet damit einen entscheidenden Beitrag, dass das prosperierende China den Klimawandel weiter beschleunigt.

Schon mal von dem sich abzeichnenden Öko-GAU in China gehört, Herr Dr. Hambrecht? Sicher, der Markt im Reich der Mitte boomt, die Arbeitskräfte sind billig, die Investitionsbedingungen einladend, die Umweltrichtlinien überschaubar. Da möchte BASF nicht abseits stehen.

In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu wissen, wie es zu dem Fehlstart einer Tetrahydrofuran-Anlage (kurz: THF-Anlage) in Caojing kam, die nun mit 200 Millionen Euro abgeschrieben werden muss. Die Großgemeinde Caojing, die zu Shanghai gehört, ist in der Wirtschaft insbesondere durch ihren 29 Quadratkilometer großen Chemiepark „Shanghai Chemical Industry Park“ bekannt geworden. Seit dessen Gründung im Jahre 1996 bauen dort viele internationale Chemiekonzerne große Produktionsanlagen auf, so unter anderem auch BASF und Bayer.

Vielleicht sollte sich das BASF-Management fragen, ob das chinesische – von den dortigen Investoren aus den westlichen Industrieländern noch angeheizte – Entwicklungstempo noch BASF-kompatibel ist. Sinnvoller wäre es doch, alles Mögliche zu unternehmen, um das Tempo in China in Richtung Umweltkollaps zu drosseln und dazu beizutragen, die sich überhitzende Konjunktur abzubremesen.

Umso rätselhafter ist da ein Vorstoß der European Chamber of Commerce. BASF ist mit Ihnen, Herr Voscherau, [dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden,] prominent in dieser Europäischen Wirtschaftskammer vertreten. Die Wirtschaftskammer hat zusammen mit US-amerikanischen Vertretern bei der chinesischen Staatsregierung gegen eine geplante Verbesserung des Arbeitsrechts interveniert. Meine Frage: Haben Sie, Herr Voscherau, diese Intervention unterstützt?

Welche Vorstellungen hat die BASF von Umweltschutz und Energiepolitik in Deutschland? Herr Dr. Hambrecht, darf ich Sie wieder zitieren?

„Die Holländer lassen die Kraftwerke jetzt deutlich länger laufen, Schweden und die USA machen das auch. Deutschland kann doch nicht so tun, als ob die Welt bei uns völlig anders ist. Wir brauchen einen intelligenten Energie-Mix, Kernkraft eingeschlossen!“ (BILD, 5. Februar) Herr Dr. Hambrecht, Sie wissen doch, dass die Atomkraft gerade mal sechs Prozent des gesamten Energieverbrauchs deckt. Mit Verlaub: Es ist doch Unsinn zu behaupten dass eine vom Volumen her kleine und zudem risikoreiche Energieform uns vor dem Klimawandel retten könnte.

Bisher habe ich den Aufsichtsrat verschont. Jetzt sind aber Sie, Herr Professor Strube, angesprochen. Wenn es dem Unternehmen gut geht, geht es auch den

Beschäftigten gut. Oder sollte ich besser sagen: sollte es auch den Beschäftigten gut gehen? Es sei denn, sie müssen gehen.

Nicht jedes Superlativ ist Grund zur Freude. Herr Professor, mit Ihnen hat die BASF AG den erfolgreichsten Arbeitsplatzvernichter der Unternehmensgeschichte in ihren Reihen. Als ehemaliger BASF-Vorstandsvorsitzender und jetziger Aufsichtsratschef sind Sie maßgeblich für den Abbau von 24.000 Jobs in den vergangenen 17 Jahren mit verantwortlich. Dass für diese Negativleistung ein Spitzengehalt von beinahe einer halben Million Euro bezahlt wird, ist schwer vermittelbar. So viel wie Sie verdient kein anderer Aufsichtsratschef der DAX-30-Unternehmen. Meine Frage, Herr Professor Strube: Wie begründen Sie die Steigerung Ihrer Bezüge um 20,6 %? Die Beschäftigten in der chemischen Industrie würde es brennend interessieren, warum ihre Lohnerhöhung von 3,6% im Vergleich dazu so bescheiden ausgefallen ist.

Kann der BASF-Vorstand etwas für Gesundheitsbeeinträchtigungen der Belegschaft? Ist er verantwortlich für die Folgen des in der Belegschaft steigenden Leistungsdrucks? Im Zusammenhang mit dem gestiegenen Leistungsdruck ist auch für den Aktionär interessant, wie die BASF die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes – insbesondere bei den außertariflichen Angestellten – kontrolliert und überwacht, wie oft beim Normalarbeitnehmer die Zehnstundengrenze überschritten wurde verglichen mit früheren Jahren, und wie oft beim außertariflich Angestellten die Zehnstundengrenze pro Tag überschritten wird – auch im Vergleich mit den Vorjahren. Bitte, sehr geehrte Herren vom Vorstand, beantworten Sie uns diese Fragen.

Und nun komme ich zum Stichwort Vertrauensbruch und Nichteinhaltung von Zusagen. Die einstige BASF-Tochter COMPAREX Informationssysteme wurde als Unternehmen bekannt, das Großrechner und Speichersysteme bis Ende der 90er Jahre unter eigenem Namen vermarktet hat. COMPAREX hat sich seit der Gründung im Jahr 1987 einen sicheren Platz im Markt verschafft. Der hätte gewiss noch weiter ausgebaut werden können, hätte sich nicht der Hauptlieferant Hitachi überraschend aus dem Geschäft mit IBM-kompatiblen Großrechnern zurückgezogen. Damit verlor COMPAREX quasi über Nacht fast die Hälfte seines Geschäftsvolumens und auch eine größere Zahl an Mitarbeitern. Diesen Mitarbeitern hat BASF einmal vor der Ausgliederung eine Rückkehr-Garantie ins Mutterunternehmen eingeräumt. Ich zitiere aus einem Schreiben der BASF vom 4. November 1986: „Für den Fall, daß aus betrieblichen Gründen das Arbeitsverhältnis mit der neuen Gesellschaft endet, wird Ihnen die Wiedereinstellung bei der BASF Aktiengesellschaft angeboten.“

Sehr geehrte Damen und Herren, mag sein, dass die BASF heute keine Großrechner-Spezialisten mehr braucht. Heißt das, dass Zusagen, die das Unternehmen in der Vergangenheit diesen Mitarbeitern gegeben hat, keine Gültigkeit mehr haben?

Ehemaligen BASF-Mitarbeitern, die damals zum Vorteil von BASF zu Comparex gewechselt waren, müssen ihr Rückkehrrecht behalten, falls sie ihre Stelle bei Comparex verlieren. Diese Zusage des BASF-Managements muss seine Gültigkeit behalten. Das Vorgehen von BASF versetzt die ehemaligen BASF- und jetzigen Comparex-Mitarbeiter in Angst und Schrecken, ist von Comparex-Personalchef Ludwig Wühl zu erfahren. Sehr geehrte Herr Dr. Strube, sehr geehrter Herr Dr. Hambrecht: Was sind BASF-Zusagen eigentlich wert?

Stimmt es, dass die BASF beim Bundesarbeitsgericht in Erfurt weiter ein Urteil anstrebt, das die damals von der BASF eingeräumten Rückkehrrechte der früheren Mitarbeiter für unwirksam erklärt? Das würde nicht nur mich sondern insbesondere 80 noch übrig gebliebene Comporex-Mitarbeiter interessieren, die einmal bei BASF beschäftigt waren.

Und noch eine nicht ganz unerhebliche Sache, Herr Dr. Hambrecht. Sie wollen die BASF in eine Europa AG, also in eine Gesellschaft nach europäischem Recht, umwandeln. Die Vorteile für das Management liegen auf der Hand: Mit der Umwandlung in eine Europäische Gesellschaft haben Sie die einmalige Chance, über alle Errungenschaften der Mitbestimmung nach deutschem Recht neu verhandeln zu können. Schlechte Karten für die Arbeitnehmer: Sie müssen um ihre Jobs fürchten, wenn ihre Vertreter nicht zu Zugeständnissen bei den Lohnverhandlungen bereit sind. Bedauerlicherweise hat die BASF es bisher versäumt, in einer klaren Übersicht die Vor- und Nachteile für das Unternehmen, die Arbeitnehmer und die Aktionäre darzulegen, wenn es in eine Europa-AG umgewandelt wird. Herr Hambrecht, ich bitte Sie, dies heute nachzuholen. Welche Garantien für die Rechte der Arbeitnehmer und für den Erhalt von deren Arbeitsplätze sind Sie bereit zu geben?

Sehr geehrter Vorstand und Aufsichtsrat von BASF, normalerweise müssen Gegenanträge den Aktionärinnen und Aktionären zur Kenntnis gebracht werden. Zwei der drei Gegenanträge, die mein Kritischer-Aktionärs-Kollege Professor Rochlitz gestellt hat, wurden nicht publiziert. Der BASF-Vorstand hat sich geweigert, sie zu veröffentlichen. Weil Herr Professor Rochlitz heute verhindert ist, sage ich Ihnen das. Die Begründungen der Gegenanträge enthalten nach Ansicht des Vorstands „eine Reihe von falschen Angaben und Beleidigungen“. In Ordnung, der Begriff „Erpressungsversuch Chinas“, den Prof. Rochlitz hinsichtlich des Vorstoßes des European Chamber of Commerce benützte, ist unglücklich gewählt. Auch den Ausdruck „verfassungswidrig“ muss man nicht unbedingt benutzen, um die Geschäftspolitik der BASF zu charakterisieren.

Stört man sich auch an dem Etikett „erfolgreichster Arbeitsplatzvernichter der Unternehmensgeschichte“ für Herrn Professor Strube? Oder am Diktum „kaltschnäuzige Ökonomie“? Ich hoffe mit Herrn Prof. Rochlitz und im Sinne aller Aktionäre, dass für die BASF die Meinungsfreiheit des Aktionärs nicht weniger zählt als die Vorstandshoheit.

Sehr geehrte Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat, sehr geehrte Aktionäre, der Dachverband der Kritischen Aktionäre schließt sich aufgrund der vorhin genannten Bedenken den Gegenanträgen von Professor Jürgen Rochlitz an. Bei den Punkten 3, 4 und 7 der Tagesordnung der diesjährigen Hauptversammlung soll den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widersprochen werden. Verweigern Sie Vorstand und Aufsichtsrat der BASF AG die Entlastung. Stimmen Sie gegen die Umwandlung der BASF Aktiengesellschaft nach deutschem Recht in eine Europäische Gesellschaft.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.